

Ergebnisse der Workshops

Freitag, 8. Juni 17.30 Uhr

1. Regulierte Märkte – Für gestaltende Politik



These:

Die Dominanz der Finanzmärkte hat zur Zunahme von gewaltigen ökonomischen Risiken geführt. Die Realwirtschaft ist ebenso wie ganze Länder der hemmungslosen Spekulation der Finanzinstitute ausgesetzt.

Wir müssen dahin zurückkommen, dass die Finanzwirtschaft wieder eine stärker „dienende“ Rolle für die Realwirtschaft einnimmt. Wir brauchen eine ideologiefreie Debatte darüber, welche Institutionen und Koordinationsmechanismen wir brauchen, um anstehende Probleme zu lösen.

Die Politik hat sich mit Privatisierungen und Deregulierungen diesen freien Marktprinzipien unterworfen. Regulierung, die es parallel in hohem Umfang ebenfalls gab, war zu schwach und häufig interessegeleitet. Lobbygruppen müssen stärker kontrolliert werden und Organisationen wie „Lobby Control“ müssen gestärkt werden. Nachhaltige Entwicklung kann nur gelingen, wenn der Primat der Politik über die Märkte wieder hergestellt wird und Politik den Märkten ökologische, soziale und menschenrechtliche Leitplanken setzt.

1. Regulierte Märkte – Für gestaltende Politik



Botschaften:

- Durch eine stärkere Steuerfinanzierung der öffentlichen Aufgaben würde die Abhängigkeit von den Finanzmärkten verringert und die Handlungsfähigkeit des Staates erhöht.
- Das Schattenbankensystem muss durch effektive Kontrolle „zerschlagen“ werden.
- Finanzierung der Staaten durch die Zentralbanken und mit festen, planbaren Zinsen (nicht nur über Privatbankensystem).
- Eingehende Diskussion über die solidarische Finanzierung in Europa muss geführt werden (Eurobonds und Voraussetzungen für Investitionen in Griechenland und anderen „weniger wettbewerbsfähigen“ Ländern), um den starken wirtschaftlichen Ungleichgewichten entgegenzuwirken.
- Es sollten gemeinsame Institutionen wie ein Europäischer Finanzhof geschaffen werden.
- Die Diskussion, was eine öffentliche Aufgabe sein soll, muss breit geführt werden (Bildung, Gesundheitsversorgung etc., orientiert an Menschenrechten).
- Kommunen müssen gestärkt und gesetzliche Voraussetzungen für deren ausreichende Finanzierung geschaffen werden.

2. Innovationen und Technologiepolitik – Für nachhaltiges Wirtschaften



These:

Zukunftsfähigkeit verlangt ein nachhaltiges Wirtschaften, das eine verkürzte Wachstumsorientierung vermeidet. Das erfordert Innovationen, Investitionen und neue Formen der Teilhabe und Mitbestimmung.

Dem Staat fällt dabei die Rolle eines Architekten für diese Prozesse zu. Die Vermittlung zwischen Akteuren unterschiedlicher Lebenslagen, Interessen und Lebensstile erfordert die Schaffung von neuen Institutionen.

Wichtig ist ein umfassendes Innovationsverständnis, das technologische (nachhaltige Produkte, Prozesse und Dienstleistungen) ebenso wie soziale und ökologische Rahmenbedingungen in globaler Perspektive einschließt.

2. Innovationen und Technologiepolitik – Für nachhaltiges Wirtschaften



Botschaften:

• **Nationale Politik:**

- Staat als Architekt der Veränderung: Technologiepolitik muss immer Technikfolgenabschätzung in den Mittelpunkt stellen.
- Die Zivilgesellschaft muss eingebunden werden, das haben vergangene Projekte immer wieder gezeigt.
- Produktionsverfahren, Industrie und Dienstleistungen können heute gar nicht mehr sauber voneinander getrennt werden (hybride Prozesse).
- Es fehlt ein institutionelles Setting für nachhaltige Technologiepolitik als zukunftsfähige, handlungsfähige Vermittlungsinstanz.
- Es bedarf langfristiger, verlässlicher Institutionen, damit Akteure verbindlich handeln. Also muss der Staat diese Institutionen fördern.

2. Innovationen und Technologiepolitik – Für nachhaltiges Wirtschaften



Botschaften:

• **Nationale Politik:**

- Heute geht es nicht nur um einzelne Bereiche, sondern um die nachhaltige Umgestaltung der Gesamtwirtschaft.
- Transformationsprozess der Wirtschaft hat bereits begonnen und soll weiter beschleunigt werden. Dabei geht es um mehr als um Ökologie, im Zentrum dieses Prozesses muss auch eine Aufwertung von Arbeit stehen.
- Hierzu gehören unter anderem die Weiterentwicklung der Demokratisierung der Wirtschaft sowie die Mitbestimmung und die Erhöhung der Qualität der Arbeit. Zur Beschleunigung des Transformationsprozesses benötigen wir eine Änderung der Rahmenbedingungen.

• **Internationale Politik, Europa, Konferenz Rio+20**

- Recycling ist global gesehen die Förderung einer Armutsökonomie. Dagegen müssen Maßnahmen ergriffen werden.

• **Trägerorganisationen:**

- Langfristige Folgenabschätzung der Technologiepolitik artikulieren und kommunizieren und sich für ein neues institutionelles Setting nachhaltiger Technologiepolitik einsetzen.

3. Green Jobs – Für gute Arbeit der Zukunft



These:

Die Arbeitswelt verändert sich in atemberaubender Geschwindigkeit. Mit der Produktion von Umweltschutzgütern werden gleichzeitig auch zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen.

In diesem Prozess muss eine bessere Qualität der Arbeitsbedingungen wieder als gesellschaftlicher Fortschritt definiert und durchgesetzt werden.

Neue Arbeitsverhältnisse dürfen nicht bar jeglicher sozialer Sicherung und unter Dumpinglöhnen entstehen. Das gilt auch für Arbeitsplätze in den innovativen Branchen der „green technologies“ oder der IT-Industrie.

Nur „Gute Arbeit“ schafft gute Produkte und Dienstleistungen für den gesellschaftlichen Fortschritt.

3. Green Jobs – Für gute Arbeit der Zukunft



Botschaften:

- **Internationale Politik, Europa, Konferenz Rio+20**

- Das internationale Wirtschaften benötigt einen Ordnungsrahmen mit sozialen und ökologischen Mindeststandards.

- **Trägerorganisationen:**

- Das bestehende Bündnis, das im Rahmen des Transformationskongress zum Ausdruck gekommen ist, sollte zur strategischen Allianz ausgebaut werden.

4. Demokratisierung der Wirtschaft und nachhaltiges Wettbewerbsrecht – Für zukunftsfähige Unternehmen



These:

Eine Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft bedarf einer Demokratisierung wirtschaftlicher Prozesse und eines nachhaltigen Wettbewerbsrechts.

Botschaften:

- Regulierung der Märkte zu einer nachhaltigen Wirtschaft,
- Stärkung direkter Demokratie für strategische gesellschaftliche Entscheidungen,
- Stärkung von Mitbestimmung kann eine Legitimationsbasis für den ökologischen Wandel erzeugen und Instrument zur Bewältigung von Umbrüchen und Krisen sein.
- Nachhaltiges Wettbewerbsrecht kann (durch Vervollständigung von BGB §903, UMW §4) Unternehmen im Wettbewerb auf den Schutz der Gemeingüter verpflichten und Externalisierung vermeiden.

5. Energiewende – Für zukunfts- fähige Arbeit, Risikominimierung und Klimaschutz



These:

Die Energiewende kann eine zukunftsweisende Weichenstellung sein. Sie kann zeigen, wie ein großes Industrieland binnen weniger Jahrzehnte fast vollständig klimaneutral, risikoarm und Ressourcen schonend umgestaltet werden kann.

Die Umsetzungsdefizite sind aber nach wie vor groß. Die Chance einer Energiewende liegt in einem neuen Modell einer nachhaltigen Wirtschaft mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen, das weltweit vorbildlich sein kann.

5. Energiewende – Für zukunftsfähige Arbeit, Risikominimierung und Klimaschutz



Botschaften:

• **Nationale Politik:**

- Wir brauchen eine klimaneutrale Energieversorgung bis 2030.
- Die Energiewende muss sozial gerecht gestaltet werden und soziale Gerechtigkeit fördern.
- Gleichzeitig müssen die Arbeitsbedingungen und Tarife in Bereichen der Erneuerbaren Energien verbessert und geregelt werden.
- Die (Wirtschafts-)Politik muss sich vom herkömmlichen Wachstumsparadigma (Wachstum des BIP) verabschieden.
- Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, die die große (strittig) Transformation unter breiter Partizipation der Gesellschaft fördern.
- Wir brauchen eine ergänzende Suffizienz-Strategie der Bundesregierung (strittig), die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, damit Suffizienz gelebt werden kann.

5. Energiewende – Für zukunftsfähige Arbeit, Risikominimierung und Klimaschutz



Botschaften:

• **Internationale Politik, Europa, Konferenz Rio+20.**

- Rahmenbedingungen sind so zu schaffen, dass Investitionen nachhaltiger Entwicklung dienen.
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit muss Low Carbon Development fördern.

• **Trägerorganisationen:**

- Wir müssen den begonnen Dialog der Träger fortsetzen.
- Zu diskutieren ist, was wir gemeinsam unter Suffizienz verstehen und wie wir Suffizienz nicht auf Verzicht reduzieren können. Zu definieren sind also Dimensionen eines neuen Wohlfahrts- und Wohlstandsmodells.
- Wir sollten uns über Elemente einer nationalen Suffizienz-Strategie verständigen.
- Wir müssen uns über unsere Vorstellungen über nachhaltige technologische Entwicklungen verständigen.
- Wir müssen einladend und ermutigend über die Energiewende reden und dabei eine Sprache finden, die anschlussfähig an Alltagserfahrungen ist.

6. Nach Peak-Oil – Nachhaltige Mobilität für alle



These:

Das heutige Verkehrssystem führt zu massiven Schäden in den erdölproduzierenden Ländern, zu Umwelt- und Klimaschäden, zu Einbußen an Lebensqualität und Gesundheitsschäden. Auch, weil die Ölförderhöchstmenge erreicht sind, lässt sich die heutige Form von Mobilität nicht fortführen.

Der Wandel hin zu einem nachhaltigen Mobilitätssystem verspricht einen besseren Zugang zu Mobilität für alle, einen Gewinn an Lebensqualität und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

Dafür müssen die Rahmenbedingungen jetzt gesetzt werden.

6. Nach Peak-Oil – Nachhaltige Mobilität für alle



Botschaften:

- Zur Energiewende gehört eine Verkehrswende.
- Raumordnungspolitik muss Wege kürzer machen und unnötigen Verkehr vermeiden.
- Ausrichtung der Infrastrukturpolitik an einem „Masterplan“ für nachhaltigen Verkehr.
- Anrechnung externer Kosten auf die jeweiligen Verkehrsträger.
- Veränderung der steuerlichen Anreize und Rahmenbedingungen: Förderung CO₂-armer Mobilität und Abbau von Subventionen für energie- und CO₂-intensiven Verkehr.
- Verschärfung von CO₂-Grenzwerten für PKW und Einführung für alle Verkehrsmittel.
- Tempolimit durchsetzen.

7. Ernährungssicherheit und biologische Vielfalt – Für eine zukunftsfähige Weltgemeinschaft



These:

Die Welternährungssituation stellt eine große Herausforderung dar. Die biologische Vielfalt als Grundlage für Ernährung der Menschen und Tiere und die Bewahrung der Schöpfung ist weltweit gefährdet. 2009 überschritt die Zahl der Hungernden erstmals die Schwelle von einer Milliarde Menschen. Ein Siebtel der Weltbevölkerung ist damit chronisch unterernährt. Auch in einer Welt, in der nach wie vor genügend Nahrungsmittel produziert werden, um jedem Menschen eine ausreichende Ernährung zu ermöglichen, ist das Recht auf Nahrung bisher nicht gewährleistet.

Die prekäre globale Ernährungssituation wird sich durch eine verstärkte Konkurrenz um und Übernutzung von Ressourcen (Land, Wasser, Energieträger), sowie Spekulationsgeschäfte im Agrarbereich verschärfen. Zusätzlich führen Fehl- und Überernährung weltweit zu großen Problemen.

Der Lebensmittelsektor und die Wasserversorgung können nicht wie beliebige Wirtschaftszweige betrachtet werden und müssen konsequent gemeinwohlorientiert und auch für die Zukunft nachhaltig und gesund gestaltet werden. Bio- und Agrodiversität schaffen Stabilität und Ernährungssicherheit weltweit.

7. Ernährungssicherheit und biologische Vielfalt – Für eine zukunftsfähige Weltgemeinschaft



Botschaften:

• **Nationale Politik:**

- Kennzeichnung und Kontrolle von aussagekräftigen Nachhaltigkeitsstandards.
- Ernährungsverhalten verändern: ökologischen Fußabdruck verringern, Wertschätzung von Lebensmitteln stärken.
- Transformation der Forschung zu mehr Nachhaltigkeit.
- Dezentralisierung und Regionalisierung von Wertschöpfungsketten und Energiekreisläufen verstärken.
- Erhaltung und Schutz von Bio- und Agrodiversität.
- Ordnungspolitische Maßnahmen für landwirtschaftliche Produktionsweise als „gute fachliche Praxis“ ergreifen.
- bildungspolitische Maßnahmen zu nachhaltigen Lebensstilfragen diskutieren und umsetzen,
- agrarökologische Ausrichtung der Landwirtschaft mit Förderung ökologischer Landwirtschaft.

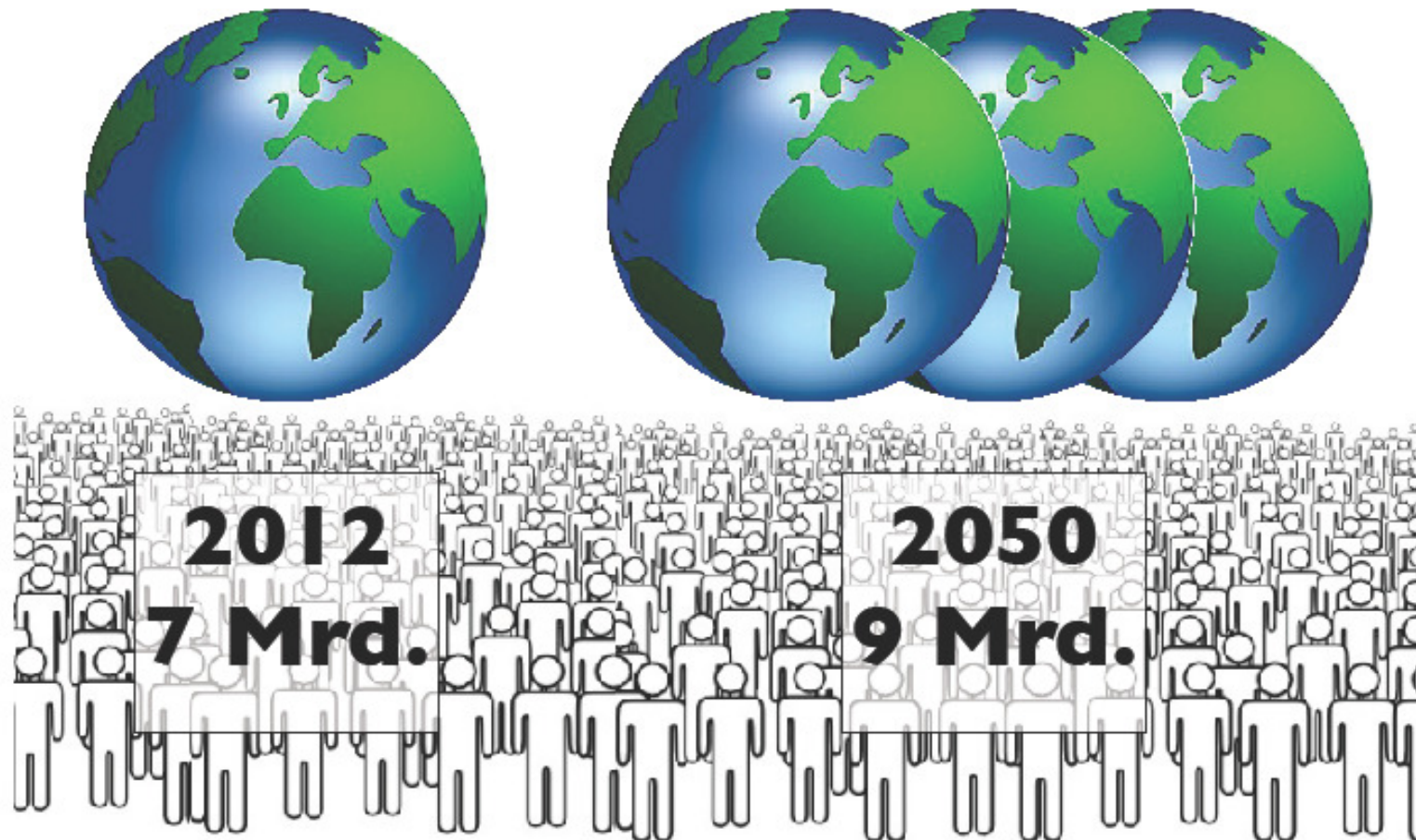
7. Ernährungssicherheit und biologische Vielfalt – Für eine zukunftsfähige Weltgemeinschaft



• Internationale Politik:

- Finanzspekulationen auf Agrarrohstoffe verbieten.
- Subventionen auf Agrartreibstoffe unterbinden.
- Stärkung und Förderung bäuerlicher Strukturen.
- Soziale und ökologische Mindeststandards festlegen.
- Landgrabbing muss gestoppt werden.
- Privatisierung von Wasser verbieten.
- Gentechnik ist kein Weg zur Hungerbekämpfung.
- Keine Patentierung auf Saatgut und lebende Organismen.
- Ernährungs- und Saatgut-Souveränität durchsetzen.
- Stärkung von Agrarumweltmaßnahmen.
- Menschenrecht auf Nahrung umsetzen.
- Agrarsubventionen an ökologische Standards und internationale Gerechtigkeit binden.

Eine Erde ist genug?!



8. Demokratie und Beteiligung – Für einen neuen globalen Gesellschaftsvertrag



These:

Die Welt braucht einen neuen globalen Gesellschaftsvertrag für eine klimaverträgliche und nachhaltige Weltwirtschaftsordnung. Notwendig ist mehr internationale Kooperation und globale Koordination und damit eine Abkehr von der klassischen Machtpolitik des bisherigen Nationalstaatsystems. Das Auftreten neuer Akteure wie der NGOs signalisiert den Aufbruch in eine „Weltgesellschaft“. Dieser Wandel wird aber nicht kurzfristig und nicht in einem Schritt gelingen.

8. Demokratie und Beteiligung – Für einen neuen globalen Gesellschaftsvertrag



Botschaften:

- Integrale Kompensationen für negative Begleiterscheinungen des Kapitalismus sind zu entwickeln. Dies kann nur von der Zivilgesellschaft her kommen. Erste Ansätze einer globaler Zivilgesellschaft sind bereits zu erkennen.
- Kompensationen für Kosten von Dienstleistungen und Waren, die nicht in Preise eingehen, der Allgemeinheit aber entstehen (z. B. Umweltverschmutzung), müssen mitgedacht werden, komplexe Wirtschaft ist ohne Markt nicht denkbar.
- Staaten sind internationalen Unternehmen gegenüber zu schwach. Allerdings besteht bei einigen Unternehmen, die auch weltweit auf ihren guten Ruf achten, die Möglichkeit zur Kritik und zum Diskurs. Auch internationale Organisationen können unter Einfluss der Zivilgesellschaft kommen.
- Die Europäische Union muss zu allererst auf einen sozialen Weg zurückgeführt werden.
- Neue Paradigmen der Weltgesellschaft sind notwendig: Planetare Bürgerschaft (allerdings keine kolonialisierende Globalisierung) und Biozivilisation (Mensch und Natur).
- Bewegung im Geiste des Pluralismus muss entstehen, neues Paradigma der Weltwirtschaft abseits der Kolonialisierung durch die Ideologie, global gesehen überall Gleiches zu konsumieren, muss entwickelt werden.
- Es liegt in der Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger, dies aufzubauen. Internationale Übereinkünfte der Staaten können dies nicht leisten, und international ausgerichtete Konzerne wollen es nicht, da es meist ihren Interessen widerspricht.